

# Steinbrücks Gesellenstück

Der Bundesfinanzminister feiert heute im Bundestag seinen **Etatentwurf** für 2007. Doch vom Ende des **Schulden-Staates** kann keine Rede sein

VON CORNELIA WOLBER

Wenn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück heute den Etatentwurf für 2007 in den Bundestag einbringt, wird er mit Lob für sich und die große Koalition nicht sparen. Schließlich ist es SPD und Union zum ersten Mal seit langem wieder gelungen, die Vorgaben der Verfassung und des Stabilitätspaktes einzuhalten. Das aber auch nur, weil die Regierung mit dem Abbau zahlreicher Steuervergünstigungen, der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Einführung der Reichensteuer das größte Steuererhöhungspaket aller Zeiten beschlossen hat. So werden die Bürger allein im kommenden Jahr um netto 18,4 Milliarden Euro belastet. Und obgleich sich die öffentlichen Finanzen durch den konjunkturellen Aufschwung besser entwickeln als erwartet, will Schwarz-Rot an dem Paket festhalten. „Weil es anders einfach nicht geht“, betont der Bundesfinanzminister.

Tatsächlich bleibt dem Staat auch nichts anderes als ein harter Kurs übrig. Bis Ende der 60er-Jahre verfolgte die Bundesrepublik eine solide Haushaltspolitik. Die Schuldenquote lag unter 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Doch nach der ersten Ölkrise, die eine Rezession und einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, versuchte die Regierung, mit Ausgabenprogrammen das Wachstum wieder anzukurbeln. Die Renten wurden erhöht, der Staatsapparat aufgebläht. Die Kohl-Regierung steuerte in den 80er-Jahren zwar zunächst gegen und senkte unter dem damaligen Finanzminister Gerhard Stoltenberg die Steuern. Doch nach der Wiedervereinigung brachen alle Dämme. Allein zwischen 1997 und 2004 schnellte der Anteil der Sozialausgaben am Bundesetat von 37 Prozent auf rund 50 Prozent. Konrad Adenauer kam noch mit einer Staatsquote von 35 Prozent aus. Heute liegt sie bei gut 46 Prozent.

Das hat seinen Preis: So werden die Ausgaben im kommenden Jahr von jetzt 261 Milliarden Euro auf rund 267 Milliarden Euro steigen. Und damit gibt der Staat erneut weit mehr aus, als er einnimmt. Doch wer glaubt, die fehlenden 50 Milliarden Euro kurzerhand aus dem Etat herauszureichen zu können, irrt. Der Spielraum für den Rotstift ist begrenzt.

Das gilt vor allem für den Etat von Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering. Mit 120 Milliarden Euro verwaltet er den mit Abstand größten Posten. Doch davon reicht der Minister 80 Milliarden Euro direkt an die Rentenversicherung durch. Tut er das nicht, fehlt der Rentenkasse Geld und die Beiträge müssten steigen. Weitere 20 Milliarden Euro sind für die Leistungen von Empfängern des Arbeitslosengeldes II eingeplant. Auch hier sind Kürzungen schwierig, da der festgelegte Regelsatz von 345 Euro dem Existenzminimum entspricht. Und darauf hat jeder einen Anspruch.

Der zweitgrößte Etat mit gut 40 Milliarden Euro ist die Bundesschuld. Hier geht überhaupt nichts. Im Gegenteil: Sollten die Zinsen steigen, nimmt die Belastung sogar noch zu.

Dann folgt mit Abstand der Etat für Verteidigung (27,8 Milliarden Euro). Gut 40 Prozent davon sind Personalkosten. Spürbare Einsparungen ließen sich daher nur durch eine Verkleinerung der 250 000 Mann starken Truppe erzielen. Zudem ist der Verteidigungsetat zusammen mit dem Etat für Verkehr (23,7 Milliarden) der größte investive Etat. So sollen im kommenden Jahr allein für den Bau des Eurofighters eine Milliarde Euro investiert werden.

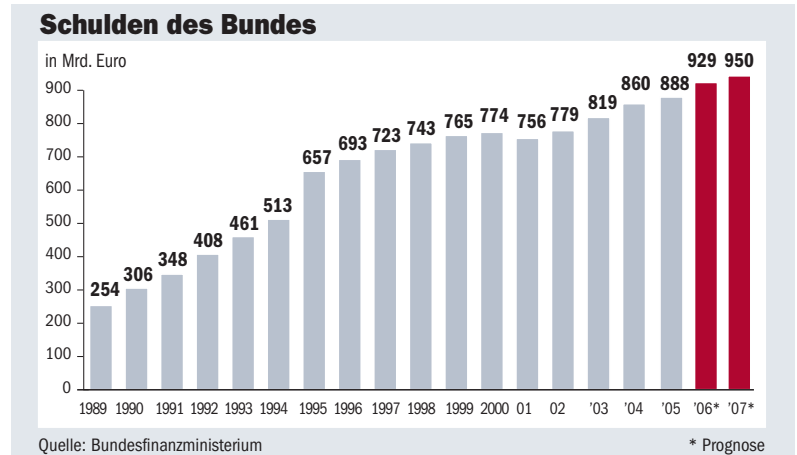
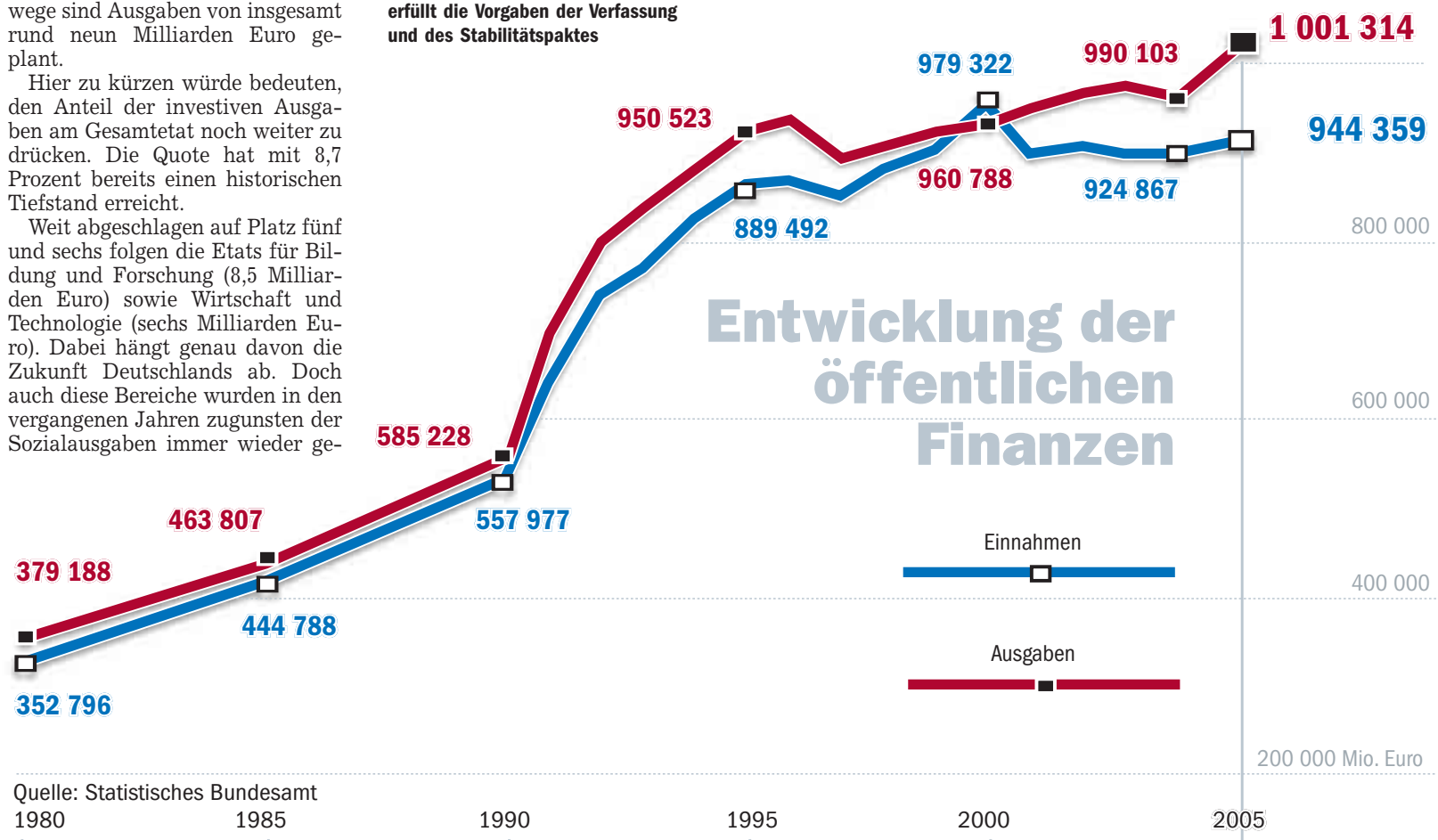


FOTO: AP/WIDEWORLD

Für Straßen, Schienen und Wasserwege sind Ausgaben von insgesamt rund neun Milliarden Euro geplant.

Hier zu kürzen würde bedeuten, den Anteil der investiven Ausgaben am Gesamtetat noch weiter zu drücken. Die Quote hat mit 8,7 Prozent bereits einen historischen Tiefstand erreicht. Weit abgeschlagen auf Platz fünf und sechs folgen die Etats für Bildung und Forschung (8,5 Milliarden Euro) sowie Wirtschaft und Technologie (sechs Milliarden Euro). Dabei hängt genau davon die Zukunft Deutschlands ab. Doch auch diese Bereiche wurden in den vergangenen Jahren zugunsten der Sozialausgaben immer wieder ge-

Finanzminister Peer Steinbrück erfüllt die Vorgaben der Verfassung und des Stabilitätspaktes



kürzt. Das rächt sich jetzt. Während andere Staaten das Ziel der Europäischen Union, drei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung auszugeben, schon lange erreicht haben, hinkt Deutschland mit 2,5 Prozent hinterher.

Von einem starken Staat kann nach Ansicht der Finanzpolitiker demnach keine Rede sein. Für sie ist der Staat derzeit eher schwach, weil er nicht so kann, wie er will. Und genau das will die Regierung ändern. „Was aktivierend wirkt, muss bleiben, und es kann sogar noch ausgebaut werden, wenn zugleich alles abgebaut wird, was zu Passivität und übertriebener Anspruchshaltung führt“, hat Steinbrück in seiner ersten Grundsatzrede ausgeführt. Doch um diese Kehrtwende heraus aus der finanziellen Sackgasse zu schaffen, braucht die Regierung mehr Geld. „Deutschland hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem“, ist sich Steinbrück sicher. Deshalb hat er auch kein Problem mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Immerhin gelingt es mithilfe dieser Finanzspritze, die Neuverschuldung im kommenden Jahr unter die Investitionen zu drücken. Gleichzeitig fällt das gesamtstaatliche Defizit unter die im EU-Stabilitätspakt erlaubte Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit hat die große Koalition ihre finanzpolitischen Ziele formal erreicht.

Doch die Steuererhöhung belastet die Konjunktur. Und genau das kann sich der Staat eigentlich nicht leisten. Wenn es gelingen soll, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen, braucht Deutschland vor allem eines: mehr Wachstum. Und um das zu erreichen, ist mehr erforderlich, als die Vorgaben der Verfassung und des Stabilitätspaktes einzuhalten. Dafür müssen der Bürokratieabbau vorangebracht, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die Sozialsysteme weiter reformiert werden. Dann wäre das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes vielleicht schon greifbar. So traut sich selbst Steinbrück nicht, dafür einen Zeitpunkt zu nennen.

## Der neue Etatentwurf enthält Risiken

Der Bundesetat sieht Ausgaben von 267,6 Milliarden Euro vor. Die Lücke zu den Steuereinnahmen von 214 Milliarden Euro soll mithilfe von Privatisierungen und Forderungsverkäufen in Höhe von 31 Milliarden Euro sowie zusätzlichen Schulden von 22 Milliarden Euro geschlossen werden. Die Investitionen sind mit 23,4 Milliarden Euro angesetzt. Weil diese über der Neuverschuldung liegen, ist der Etat verfassungsgemäß. Die Opposition hält das Zahlenwerk jedoch bereits heute für Makulatur. In der Tat gibt es einige Risiken.

### Konjunktur

Experten streiten sich, ob die Erhöhung der Mehrwertsteuer das Wachstum im kommenden Jahr deutlich senken wird oder nicht. Der Sachverständigenrat erwartet einen Dämpfer von 0,4 Prozent.

### Arbeitsmarkt

Im laufenden Jahr hat die Regierung für das Arbeitslosengeld II 24,5 Milliarden Euro eingeplant. Das wird jedoch nicht reichen. Schon heute ist die Rede von Mehrausgaben von bis zu drei Milliarden Euro. Dennoch hat die Regierung den Ansatz für das kommende Jahr auf 21 Milliarden heruntergeschraubt. Die Hartz-IV-Korrekturgesetze sollen helfen, dieses Ziel zu erreichen.

### Zinsen

Wenn die Europäische Zentralbank die Zinsen weiter erhöht, steigen die Ausgaben des Bundes für die Bundesschuld.

### Privatisierungserlöse

Um die Neuverschuldung auf 22 Milliarden Euro zu begrenzen, sollen mehr als 30 Milliarden Euro über sogenannte Einmalmaßnahmen erzielt werden. Dazu gehören Privatisierungen und Forderungsverkäufe. Geplant ist etwa, Forderungen des Bundes aus dem ERP-Vermögen zu verkaufen. Daraus können mittelständische Firmen Fördergelder beziehen. Diese Forderungen will der Bund am Kapitalmarkt versilbern.

### Terrorbekämpfung

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat bereits 150 Millionen Euro mehr für die Bekämpfung des Terrors ange-mahnt.

### Entwicklungshilfe

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul will mehr Geld für den Wiederaufbau im Nahen Osten.

### Bundesbankgewinn

Der Gewinn der Bundesbank fließt bis zu einer Grenze von 3,5 Milliarden Euro in den Etat. Was darüber hinausgeht, muss zur Schuldentilgung verwendet werden. Für den Etat 2007 sind drei Milliarden Euro eingeplant. Experten halten das für zu optimistisch. cw

## „Wir haben einen Klinsmann-Aufschwung“

FDP-Chef Guido Westerwelle sieht wirtschaftliche Konjunktur nicht als Verdienst der großen Koalition – Merkel soll Verteidigungsminister Jung zur „Ordnung rufen“

**DIE WELT:** Herr Westerwelle, die Konjunktur zieht an, die Arbeitslosenzahl sinkt. Gehen der FDP nun die Argumente für einen Politikwechsel aus?

**Guido Westerwelle:** Die Fußballweltmeisterschaft hat natürlich Schwung nach Deutschland gebracht, was sich zusammen mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung positiv auf unsere Wachstumswahlen auswirkt. Die von Union und SPD beschlossene Mehrwertsteuererhöhung wird dieses zarte Pflänzchen jedoch leider ganz schnell wieder beschädigen. Alle deutschen Wirtschaftsexperten bis hin zum Bundesbankpräsidenten warnen davor.

**WELT:** Deutschland hält in diesem Jahr die Defizitkriterien des EU-Stabilitätspaktes ein. Ist dies ein Erfolg der großen Koalition?

**Westerwelle:** Der Streit, ob es sich um einen Schröder- oder Merkel-Boom handelt, ist doch kindisch. Wenn, dann ist das ein Klinsmann-Aufschwung. Die Finanzminister

werden in diesem Jahr rund 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen haben. 19,5 Milliarden Euro soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer bringen. Wir sehen also, dass die Steuererhöhung auch aus Gründen der Haushaltssanierung nicht notwendig ist.

**WELT:** Wer ist denn aus Ihrer Sicht der größte Reform-Blockierer in der Bundesregierung – die Union oder die SPD?

**Westerwelle:** Man kann das gar nicht mehr klar beantworten. Beispiel Gesundheitsreform: Zu diesem Murks wurde die Union ja nicht gezwungen, sondern war selbst treibende Kraft. Und dass die Bundeskanzlerin inzwischen einer Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ein gutes Zeugnis bescheinigt, überrascht vermutlich nicht nur FDP-Wähler. Gerade streitet die Union darüber, ob Steuersenkungen eine Lebenslüge sind. Die eigentliche Lebenslüge der Unionsparteien ist aber, dass sie behaupten, sie hätten mit zu

viel sozialer Marktwirtschaft die Bundestagswahl verweigert. Die Wahl wurde doch durch das Hin und Her in der Steuerpolitik verloren und weil CSU-Chef Stoiber die Wähler in Ostdeutschland ausdauernd beschimpfte.

**WELT:** Wie würden Sie die milliardenschweren Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit verwenden?

**Westerwelle:** Das Geld gehört weder der Bundesagentur noch Finanzminister Steinbrück, sondern den Bürgern, die es hart erarbeitet haben. Die Überschüsse sollten zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt werden. Zusammen mit dem Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung wäre das ein echtes Konjunkturprogramm, das einen Aufschwung im nächsten Jahr brächte.

**WELT:** SPD-Chef Beck will die Leistungsträger der Mittelschicht stärker umwerben. Steckt dahinter vielleicht ein Annäherungsversuch in Richtung FDP?

**Westerwelle:** In der SPD gibt es derzeit einen verdeckten Richtungsstreit. Ein großer Teil der Partei lehnt den Kurs der pragmatischen Mitte von Herrn Beck ab und setzt stattdessen, angeführt vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, auf eine Linksfront von SPD, Grünen und PDS. Herr Wowereit träumt doch längst vom Kanzleramt. Wer sich am Ende durchsetzt, kann ich nicht sagen.

**WELT:** Blicken wir auf die außenpolitische Lage. Im Iran ist das UN-Ultimatum abgelaufen, doch es wird weiterhin Uran angereichert. Ist ein Militärschlag unausweichlich?

**Westerwelle:** Ich unterstütze die Bundeskanzlerin mit der klaren Ansage, dass ein militärisches Vorgehen keine Option ist. Und ich hoffe, dass Verteidigungsminister Jung nicht wieder ohne jede Not öffentlich über den Einsatz deutscher Soldaten spekuliert wie vor den Wahlen im Kongo und zu Be-

gin der Krise im Nahen Osten. Das hat uns jedes Mal in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Herr Jung muss allmählich begreifen, dass er nicht mehr hessischer Landtagsabgeordneter ist. Seine



Guido Westerwelle kann sich mit Steuererhöhung nicht anfreunden

FOTO: WELT/ANSA

Äußerungen haben jetzt internationale Konsequenzen.

**WELT:** Die FDP bleibt beim Nein zu einem Einsatz deutscher Truppen im Libanon?

**Westerwelle:** Dass Frau Merkel die Diskussion um bewaffnete deutsche Soldaten in Nahost den Sommer über hat laufen lassen, war ein ganz schwerwiegender Fehler. Jetzt spricht Herr Jung von einem Kampfeinsatz, während die Kanzlerin genau dies ausschließt. Nur eines kann aber stimmen. Deshalb erwartet die FDP, dass die Bundeskanzlerin Herrn Jung zur Ordnung ruft – oder aber sie selbst korrigiert sich. Wir werden im Bundestag mit ganz überwiegender Mehrheit diese Mission ablehnen. Ganz gleich, ob es sich um einen Einsatz mit Bodentruppen oder Marinebooten handelt. Die Gefahr ist viel zu groß, dass wir zu einer Kriegspartei werden, da Deutschland nicht neutral sein kann. Man stelle sich nur vor, was passierte, wenn eine deutsche Kugel – und sei es aus

Versehen – einen israelischen Soldaten trafe.

**WELT:** War es rückblickend richtig, den Kongo-Einsatz der Bundeswehr abzulehnen?

**Westerwelle:** Bedauerlicherweise ist das eingetroffen, was wir befürchtet haben. Sollte es zu einer Stichwahl kommen, ist mit dem Ausbruch neuer Unruhen zu rechnen. Dass der deutsche Botschafter nur mit militärischem Schutz seine Residenz erreichen konnte, ja regelrecht festsaß, ist ebenso ein Beweis dafür, dass die Gefahren des Einsatzes von der Bundesregierung unterschätzt wurden. Ein Skandal ist es, dass sich der verantwortliche Kommandeur dann mit Laptop und Handy im Urlaub in Schweden aufhielt. Ein solches Führungsverhalten muss Konsequenzen haben. Und dass Herr Jung davon überhaupt nichts wusste, zeigt abermals, dass er in seinem Amt noch nicht angekommen ist.

Die Fragen stellte Joachim Peter